











1. Zusammenfassung und Trends

Akteur	Kurzübersicht	Trend
Koalition (CDU, CSU, SPD)	Die Regierungsfractionen verfolgen weiterhin ihre Regulierungsbestrebungen. Es deuten sich derzeit keine Ansatzpunkte für eine signifikante Trendwende an. Positiv zu vermerken ist, dass Union und SPD den Weltnichtrauchertag nicht zu (zusätzlichen) Forderungen zur Regulierung der E-Zigarette genutzt haben. Jedoch lassen sich die Ereignisse in anderen EU-Staaten als Beispiele für ausgewogene Regulierungen anführen. Der aktuelle allgemeine Fokus auf die Werbeverbote birgt aber das Risiko, dass andere Regulierungsthemen unbemerkt von (Fach-)Öffentlichkeit und Befürwortern durch nikotinkritische Politiker und die Administration vorangetrieben werden. E-Zigarettengegner können so fast vollendete Tatsachen schaffen und den Handlungsspielraum der E-Zigarette begrenzen.	
Opposition (B90/Die Grünen, Die Linke)	Die Opposition verharret weiter in den bekannten Positionen. Wie bereits zuvor setzen sie sich für ein rascheres Tabakwerbeverbot ein, wobei die Linke ihre ansonsten E-Zigarettenfreundlichere Stellung nicht verlassen hat.	
Bundesrat, Bundesländer	Die Länder achten weiterhin auf ihre Tabakstandorte. Mit der Hamburger Gesundheitssenatorin äußerte sich eine Landesvertreterin skeptisch zur E-Zigarette.	
Verwaltung	Insbesondere das BMEL agiert weiterhin gegen die E-Zigarette. Die kurzfristige Änderung der 2. ÄndV TabakerzV deutet auf den vom Ministerium gesehenen Handlungsbedarf hin. Ebenso besteht hier die Möglichkeit, dass von außen auf das BMEL eingewirkt wurde.	
Fachcommunity	Unterschiedliche Untersuchungen und Aussagen von Experten zeichnen ein heterogenes Bild. Neben Empfehlungen für die Tabakalternative bestimmen aber vor allem Negativaussagen die Berichterstattung. Die negative Tendenz wird abgepuffert. Es besteht aber keine Trendwende.	
Legende Tendenzen in Relation zu den Zielen des BfTG.	Sehr positiv (Belange werden berücksichtigt)  Positiv  Neutral  Negativ  Sehr negativ (Krise) 	

2. Meldungen

2.1. Bundesregierung und Bundesministerien, nachgelagerte Behörden

Datum: 31.05.2016

Meldung: Anlässlich des Weltnichtrauchertages, bei dem die [WHO](#) Plain Packs in den Fokus stellen, warnt das Bundesgesundheitsministerium (BMG) vor den Folgen des Tabakkonsums und befürwortet die jüngste Regulierung der Tabakwerbung. Das BMG thematisiert die E-Zigarette nicht. Anders die Bundesdrogenbeauftragte Marlene Mortler (CSU, MdB), die in ihrer Pressemitteilung auch die Warnung von Heidrun Thaiss (BzGA, siehe Punkt 2.5) zu den Risiken der E-Zigarette wiedergibt. BMEL und BMFSFJ, die bislang die Regulierung vorangetrieben haben, äußerten sich nicht. Das [BMBF](#) wies hingegen auf eine neue Studie hin.

Einordnung/Empfehlung: Traditionell melden sich das Gesundheitsressorts und die staatlichen Gesundheitsinstitutionen am Weltnichtrauchertag zu Wort. Daher ist das Schweigen von BMEL und BMFSFJ nicht ungewöhnlich – zumal das BMEL derzeit durch die Milchkrise

eingebunden ist. Die Verlautbarungen von BMG und Drogenbeauftragter folgen der bekannten Regierungslinie. Die Position der BZgA sticht hervor: Sie erweitert das negative Grundrauschen innerhalb des Verwaltungsapparates und der Öffentlichkeit.

Quelle: bmg.bund.de , drogenbeauftragte.de

Datum: 20.05.2016

Meldung: Das BMEL hat einen „Entwurf einer Zweiten Verordnung zur Änderung der Tabakerzeugnisverordnung“ bei der EU-Kommission zur Notifizierung eingereicht. Der Entwurf führt neue zu verbotene Inhaltsstoffe auf. Die Verordnung soll **rückwirkend zum 20.05.2016 in Kraft treten**: **Im Artikel 2 heißt es: „Diese Verordnung tritt vorbehaltlich des Satzes 2 [Zustimmung des Bundesrates, Anm.] am Tag nach der Verkündung in Kraft. Artikel 1 Nummer 7 und Nummer 8 treten mit Wirkung vom 20. Mai 2016 in Kraft.“ (S.10). Art. 1 Nr. 8 enthält eine Anlage mit zu verbotenden Inhaltsstoffen von E-Zigaretten.**

In der Begründung schreibt das BMEL: „Die Änderungen der Anlagen 1 und 2 der Tabakerzeugnisverordnung treten rückwirkend zum 20. Mai 2016 in Kraft. Ein schutzbedürftiges Vertrauen dahingehend, dass ab dem 20. Mai 2016 nur das Inverkehrbringen von Tabakerzeugnissen, elektronischen Zigaretten und Nachfüllbehältern verboten ist, die die in der Fassung der Tabakerzeugnisverordnung vom 4. April 2016 aufgelisteten Zusatzstoffe enthalten, besteht nicht. Artikel 2 entfaltet somit keine verfassungsrechtlich unzulässige Rückwirkung.“ (S.19f.).

Daraus lässt sich schließen, dass Produkte, die in der Zwischenzeit auf den Markt kommen, nach dem derzeitigen Stand rückwirkend verboten werden können. Darin wird keine verfassungsrechtliche Unzulässigkeit festgestellt. In der Begründung verweist das BMEL u.a. auf Gesundheitsrisiken für Konsumenten und verweist dabei auf DKFZ und BfR.

Einordnung/Empfehlung: **Wir schlagen zur Bewertung des Entwurfs und der Begründung durch das BMEL vor, einen Juristen hinzuzuziehen.** Der Passus zum rückwirkenden in Kraft treten wurde laut Hintergrundgespräch erst nach der Befassung im Kabinett zugefügt. Initiator und Motive sind unbekannt. Das Vorgehen ähnelt dem strikten Ansatz der US-Amerikanischen FDA (sog. „[grandfather clause](#)“). Der Regulierer testet damit u.a. aus, an welcher Stelle er erst Widerstand erfährt und kann seine Vorgehensweise anpassen. Es ist mit weiteren Regulierungsschritten zu rechnen, die auch über die reine Produktregulierung hinausgehen können.

Die Stillhaltefrist gilt bis zum 22.08.2016. Bis dahin kann die Bundesregierung die Verordnung nicht umsetzen. Der Bundesrat hat ihr zuzustimmen, was eine Handlungsoption für das BfTG eröffnet (z.B. Abgeordneten-Mailings, Gespräche mit Landesministerien). Die Kommission und andere Mitgliedstaaten können Bemerkungen oder ausführliche Stellungnahmen abgeben. Die Kommission kann den Entwurf einer technischen Vorschrift auch sperren.

Im Kontext der Befassung der EU mit den nationalen Umsetzungen gab es ein erstes Gespräch mit [Kathy Hoffmeister](#) aus der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU. Sie ist neu dort und arbeitet u.a. EU-Zollrecht und Zollpolitik (teilweise Steuern für Tabak), Zoll-Kooperation und Internationale Zusammenarbeit. Sie ist zu Gesprächen bzw. Terminen bereit und wird bzgl. einer möglichen E-Zigarettensteuer Augen und Ohren offenhalten.

Quelle: ec.europa.eu , ec.europa.eu , Hintergrundgespräch

Datum: 20.05.2016

Meldung: Bundesdrogenbeauftragte Marlene Mortler (CSU, MdB) drängt auf ein rasches Tabakwerbeverbot. Dies ist mit dem anstehenden ÄndG TabakerzG (siehe Report Nr. 21) geplant. Es ist offen, ob das Verbot 2020 in Kraft tritt; Mortler setzt sich für die Umsetzung 2018 ein. Sie kritisiert die versuchte Einflussnahme der Tabakwirtschaft über Bundestagsabgeordnete auf die Umsetzung von EUTPD2 und verteidigt die neuen ([umstrittenen](#)) Bildwarnhinweise mit dem Jugendschutz. Daneben begrüßt sie ein Rauchverbot im Auto. Damit reit sie sich in erneute Kritiken von [Fachleuten](#) im Vorlauf des Weltnichtrauchertages ein.

Einordnung/Empfehlung: Mortler lässt erkennen, dass Suchtpolitiker mit dem aktuellen Regulierungsstand noch nicht zufrieden sind und weitere Regelungen ins Auge fassen, die auch die E-Zigarette treffen (können). Ferner bringt Mortlers Aussage erneut das Issue Nichtraucherschutz in Erinnerung – Beispiele im Ausland zeigen, wie rasch die E-Zigarette hier in Mitleidenschaft gezogen werden kann. Zu starkes Lobbying kann in dieser Situation Politiker zu einer strikten Regulierung verleiten. Daher bleiben die Absprachen mit anderen Firmen und Verbänden weiterhin wichtig.

Quelle: [pharmazeutische-zeitung.de](#) , [aerztezeitung.de](#) , [mopo24.de](#)

2.2. Bundestag

Datum: 30.05.2016

Meldung: Harald Terpe (MdB), drogenpolitischer der Grünen-Bundestagsfraktion, fordert eine striktere Tabakregulierung und plädiert für eine Umsetzung vor 2020. Sein Kollege von der Bundestagsfraktion von Die Linke, Frank Tempel (MdB), spricht sich ebenfalls für eine raschere Umsetzung des Tabakwerbeverbotes aus.

Einordnung/Empfehlung: Die Aussagen sind nicht ungewöhnlich. Es stellt sich jedoch die Frage, inwieweit die Linke ihre E-Zigarettenfreundlichere Position halten wird. Bislang hat sie sich darüber kaum profilieren können/wollen. Die Linke bleibt durch ihre Regierungsbeteiligungen im Falle von Landesnichtraucherschutznovellen ein potenzieller Ansprechpartner.

Quelle: [gruene-bundestag.de](#) , [linksfraktion.de](#) , [abg-net.de](#)

Datum: 21.2016

Meldung: Die Nachfolge von Thomas Strobl (MdB, CDU) im Bundestag startet mit seinem Arbeitsbeginn als Innenminister von Baden-Württemberg. Strobls Posten als MdB, Vorsitzender der Landesgruppe sowie als Fraktionsvize (zuständig u.a. für Verbraucherschutz) müssen neu besetzt werden. Als Nachfolger für die Position des Landesgruppenchefs sind mehrere MdBs im Gespräch, darunter der Wirtschaftspolitiker [Joachim Pfeiffer](#), Thomas Bareiß (Energiepolitiker Sprecher) oder der Europapolitiker Gunter Krichbaum.

Einordnung/Empfehlung: Die Landesgruppe Baden-Württemberg ist die drittstärkste in der Unionsfraktion. Sie stellt 4 PStS und zählt Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble und Fraktionschef Volker Kauder zu ihren Mitgliedern. Ihr Leiter hat entsprechenden Einfluss. Wir empfehlen die zeitnahe Ansprache von Strobls Nachfolgern für seine Fraktionsfunktionen. [Iris Ripsam](#) (CDU) übernimmt Strobls Bundestagsmandat.

Quelle: [stuttgarter-zeitung.de](#)

04.06.2015

2.3. Bundesrat und Bundesländer

Datum: 30.05.2016

Meldung: Cornelia Prüfer-Storcks (SPD) Hamburgs Gesundheitssenatorin befürwortet die striktere Regulierung mit dem TabakerzG. Sie hebt den Jugendschutz hervor: „Denn die beste Prävention ist es, erst gar nicht mit dem Rauchen zu beginnen. Ganz unabhängig davon, ob es um übliche oder elektronische Zigaretten oder Shishas geht.“

Einordnung/Empfehlung: Da Prüfer-Storcks auch für den Verbraucherschutz zuständig ist, hat sie so über zwei Wege Möglichkeiten, sich gegen die E-Zigarette einzusetzen. Derlei Aussagen bereiten den Boden für weitere Regulierungen. Finden sie in der Bevölkerung positiven Anklang und wenig Opposition, fühlen sich Stakeholder in ihrem Weg bestätigt. Wir empfehlen, in Standortländern Abgeordnete zu sensibilisieren zu aktivieren. Analog dazu haben wir jüngst eine Ansprache der Leitungsebenen von Wirtschafts- und Verbraucherministerien der Länder gestartet.

Quelle: hamburg.de

Datum: 20.05.2016

Meldung: Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) besuchte das PMI-Zigarettenwerk in Dresden. Er hob dabei PMIs massive Investitionen in den Standort hervor und nannte die Produktionsstätte ein „Aushängeschild für die Wirtschaftskraft des Standorts Sachsen“.

Einordnung/Empfehlung: PMI hat in den vergangenen 12 Monaten 30 Mio. Euro in Dresden investiert. Ein klares Bekenntnis zur Zukunft der Produkte und dem Standort, was sich in PMIs Selbstverständnis widerspiegelt: PMI ist sich sicher, jeden Wettbewerb unter allen Konditionen zu gewinnen. Das Unternehmen nutzt seine Bedeutung für den Standort, um u.a. über die sächsische Politik seine Interessen in Regulierungsvorhaben einfließen zu lassen. Wir empfehlen den systematischen Aufbau von Verteilern zu Bundes- und Landespolitikern, um eine effektive Ansprache – z.B. mit Mailings, Gesprächen – zu organisieren und ein Gegengewicht zu NGOs und Wettbewerb zu schaffen.

Quelle: presseportal.de

2.4. Europa, EU und EU-Staaten

Datum: 31.05.2016 , 30.05.2016 , 28.05.2016

Meldung: Luxemburg arbeitet weiter an der Tabakregulierung. Wie in vielen EU-Staaten bildet der Jugendschutz einen Schwerpunkt. Zudem wird die **E-Zigarette beim Nichtrauchererschutz der herkömmlichen Zigarette gleichgestellt**. Gesundheitsministerin Mutsch will auch das Rauchen in Autos verbieten, wenn sich Minderjährige im Fahrzeug befinden. Ebenfalls wollen Norwegen (Gesetzesvorlage im Juni 2016) und [Neuseeland](http://neuseeland.govt.nz) die Regulierung verschärfen: Beide Staaten kündigten die Einführung von Plain Packs für Zigaretten an.

Die Tschechen haben sich hingegen nun doch auf ein neues Nichtraucherchutzgesetz geeinigt. Eingeführt werden soll ein allgemeines Rauchverbot in Gastbetrieben. Allerdings wurden **Ausnahmen für E-Zigaretten** und Wasserpfeifen zugelassen. Dagegen hatte der Gesundheitsminister vergeblich angekämpft. Die Regierung will, dass das Nichtraucherchutz-

gesetz **zu Beginn kommenden Jahres in Kraft tritt**. Dazu muss jedoch die Regierungskoalition – anders als beim ersten Vorstoß – auf einer Linie bleiben.

In Österreich ist man einen Schritt weiter: [Händler](#) klagen gegen das neue Tabakgesetz, dessen strikte Regelungen zu starken Umsatzrückgängen bei E-Zigaretten führt. Eine erste Klage ist beim Verfassungsgericht eingereicht – eine Zweite soll in KW 23 folgen.

Einordnung/Empfehlung: Tschechien gibt ein gangbares Beispiel für den Fall, dass in Deutschland der Nichtraucherenschutz ausgeweitet werden sollte. Dies kann einer der nächsten Schritte innerhalb der „Salamitaktik“ der Tabak-/Nikotinkritiker werden, wenn erst einmal die Produktregulierung abgeschlossen ist.

Quelle: [lessentiel.lu](#) , [steiermark.orf.at](#) , [radio.cz](#) , [donaukurier.de](#)

Datum: 30.05.2016 , 27.05.2016

Meldung: Einige Europaparlamentarier sind unzufrieden mit der restriktiven Regulierung der E-zigarette. So stoßen [Julie Girling](#) (Mitglied im [Ausschuss für Öffentliche Gesundheit](#)) und [Vicky Ford](#) (Vorsitzende des [Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz](#)) eine erneute Debatte über die E-Zigarette an. Die beiden Abgeordneten der britischen Konservativen fordern die EU-Kommission auf, neueste Erkenntnisse zur E-Zigarette über den Scientific Advice Mechanism (SAM) zu sichten und einzuordnen.

Gleichzeitig geben sich in einer landesweiten Umfrage der Allen Carr Addiction Clinics die Mehrheit der Briten skeptisch zur E-Zigarette: **56% sind besorgt** über die britische E-Zigarettenpolitik, **52% für ein Konsumverbot im öffentlichen Raum**. 67% der befragten Raucher befürchten, dass dadurch Heranwachsende zum Konsum animiert werden können. Laut dem [Imperial College](#) hat sich die Zahl der E-Zigarettenkonsumenten in den letzten 2 Jahren verdoppelt, jedoch betrachte mittlerweile die Hälfte der Briten das Produkt als risikobehaftet.

Einordnung/Empfehlung: Die britischen Konservativen sind Teil der [ECR-Fraktion](#) im Europaparlament (dt. Mitglieder Alfa und Familienpartei) – und nicht der größeren EVP-Fraktion (dt. Mitglieder CDU und CSU). Der SAM ist unverbindliche wissenschaftliche Beratung der EU-Kommission. Zwar gilt Großbritannien und der konservative Premierminister David Cameron wichtiger Verbündeter der Bundesregierung innerhalb der EU-Staaten, doch ist fraglich inwieweit die Deutschen in der EVP-Fraktion den Vorstoß unterstützen.

Jedoch ist die Anfrage ein Anlass deutsche und britische Abgeordnete miteinander ins Gespräch zu bringen: Denkbar wäre z.B. eine von der Branche initiierte Gesprächsrunde mit britischen und deutschen Abgeordneten. Jedoch werfen solche Umfragen einen Schatten über das Positivbeispiel Großbritannien.

Quelle: [conservativeeurope.com](#) , [7thspace.com](#)

Datum: 30.05.2016, 20.05.2016

Meldung: Die Schweizer Politik diskutiert, wenn sich der Zeitplan nicht verschiebt, im Juni die Novellierung des Tabakgesetzes. Die bürgerlichen Parteien sprechen sich im Parlament gegen Werbeverbote aus und fordern von der Regierung eine Überarbeitung der Vorlage. Zudem wird die Gleichstellung der E-Zigarette mit Tabak kritisiert. Derweil entwickelten [Schweizer Wissenschaftler](#) ein Liquid auf Cannabisbasis als alternative risikoärmere medizinischen Anwendung.

Einordnung/Empfehlung: Mit der Opposition an der Gleichstellung von Tabak und E-Zigarette bietet die Schweiz neben UK ein weiteres Beispiel für deutsche Politiker über eine Alternative zur Gleichbehandlung der Produkte. Die neueste Schweizer Liquid-Entwicklung birgt zwar Potenzial für Skepsis seitens konservativer (Innen- und Sucht-)Politiker. Jedoch bietet der Verweis auf das geringere Risiko einen weiteren Beleg für Stakeholdergespräche.

Quelle: nzz.ch , derbund.ch , ajp.com.au

Datum: 25.05.2016

Meldung: Die EU-Kommission will den Online-Handel fördern und dazu u.a. gegen Geoblocking vorgehen, die grenzüberschreitende Paketzustellung erschwinglicher gestalten und für einen besseren Schutz der Verbraucher sorgen. Dazu hat sie heute drei Gesetzesvorschläge unterbreitet.

Einordnung/Empfehlung: Auf der einen Seite will die EU Online-Versandhandel vorantreiben, auf der anderen Seite nutzen einige EU-Staaten EUTPD2 zur [Regulierung](#) bzw. [Verbot](#) des Online-Geschäfts. Ein Fakt, der ggü. Stakeholdern zur Sprache gebracht werden kann. Das zum Online-Handel vorgelegte Paket ergänzt [zwei Vorschläge](#): a) über die Bereitstellung digitaler Inhalte und b) über den Online-Handel mit Waren vom Dezember 2015 Sie ergänzen ebenso die für Herbst 2016 geplante [Vereinfachung des Mehrwertsteuerrechts](#).

Quelle: ec.europa.eu

Datum: 22.05.2016

Meldung: Laut dem Waliser Regierungschef Carwyn Jones streicht Wales das Konsumverbot für E-Zigaretten im öffentlichen Raum im vorliegenden Public Health-Gesetzesentwurf. Grund sei die Opposition im Waliser Parlament gegen den Plan der Minderheitsregierung. Man werde im derzeitigen Verfahren keine E-Zigarettenregulierungen einreichen, die man nicht auch im Parlament durchsetzen könne, so Jones. Wales geht damit den entgegengesetzten Weg von Australien ([Victoria](#)), wo derzeit in die E-Zigarette Tabak gleichgesetzt wird.

[Imperial](#) hat die letzte Tabakfabrik in UK geschlossen und die Produktion nach Deutschland und Polen verlegt. Zudem erwägen BAT und JTI weitere Klagen gegen Plain Packs in Großbritannien. Die Branche verlor Klagen am [High Court](#) und EuGH (siehe Report Nr. 20).

Einordnung/Empfehlung: Erneut weicht man in Großbritannien von vorerst strikten Regeln ab. Sogar tabakkritische NGOs wie ASH Wales begrüßen den Schritt, da sie die E-Zigarette als Mittel zum Tabakstopp ansehen. Ebenso ist der Rückzug ein Indiz für das Unbehagen in der Bevölkerung (und damit auch der parlamentarischen Opposition). Großbritannien liefert damit ein weiteres Beispiel für eine Regulierung mit mehr Augenmaß. Dies ist insofern relevant, da [hierzulande](#) Konsumverbote immer wieder thematisiert werden. Ferner sind die Negativefolgen, z.B. [Schmuggel](#), besonders in UK offensichtlich. Daneben zeigt das Beispiel Imperial, dass übermäßige Regulierung Arbeitsplätze und Steuereinnahmen gefährdet.

Mit der Auslagerung auf den Kontinent gewinnen die Standorte Deutschland und Polen noch mehr an Bedeutung. Es ist damit zu rechnen, dass Imperial hier besonders auf tabakgenehme Regulierungen pochen wird.

Quelle: bbc.com , southwalesargus.co.uk , cityam.com

2.5. Fachcommunity

Datum: 31.05.2016 , 30.05.2016, 28.05.2016

Meldung: Die Leiterin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Heidrun Thaiss zufolge ist die E-Zigaretten kein unbedenklicher Ersatz zu Tabak: „Es besteht die Gefahr, dass **Aufhörwillige mit der E-Zigarette das eigentliche Ritual beibehalten**. Im Übrigen sind auch elektronische Zigaretten, die mit flüssigen Bestandteilen arbeiten, nicht risikolos.“ Ähnlich äußert sich der [Nichtraucherschutzbund NRW](#).

Und die Bayerische Krebsgesellschaft warnt vor dem Krebsrisiko durch E-Zigaretten. Diese enthielten Stoffe, die z.T. als krebserregend gelten. Der Verein hat für seine Positionierung das DKFZ angefragt, deren Mitarbeiterin [Dr. Schaller](#) zum Weltnichtrauchertag verlautbart: „Darum können wir nach aktuellem Wissensstand die **E-Zigarette nicht zum Rauchstopp empfehlen**“. Die Gesellschaft verweist auf die nicht eindeutige Studienlage – dennoch sticht die negative Botschaft hervor bzw. wird sie von den Medien transportiert. Sie mahnt den Jugendschutz und Gateway Effekt an. Ähnlich die [österreichischen Verbandskollegen](#): Sie sehen in der E-Zigarette ein „[Parallelszenario](#)“ zu Tabak: Zusätzlicher Konsum und kein Ersatz.

Zudem fordert der Deutsche Ärztetag die Bundesregierung auf, ein **strafbewehrtes Rauchverbot in Autos** einzuführen, wenn Heranwachsende mitfahren.

Anders bewertet [Prof. Dr. Heino Stöver](#), geschäftsführender Direktor des Instituts für Suchtforschung (ISFF) der Frankfurt University of Applied Sciences die E-Zigarette: Sie sei eine **Hilfe beim Tabakstop** mit gleichzeitigen geringen Einstiegsrisiko (für Nichtraucher). Er attestiert zudem ein verringertes Gesundheitsrisiko im Vergleich zu Tabak.

Weiteres Gegengewicht: Die [ig-ed](#) geht mittlerweile der Gateway-These mit einer eigenen Umfrage-Aktion auf den Grund: 96,9% (3631 Teilnehmer [Stand 30.5.2016](#)) waren zuvor Tabakraucher. Die meisten (58%) rauchen parallel noch 1-5 Zigaretten. Nur 0,7% waren zuvor Nichtraucher.

Der VDeH jedoch wählt kritischere Töne und moniert die (mögliche) Kooperation von Pharmabranche und Gesundheitsexperten gegen die E-Zigarette.

Einordnung/Empfehlung: Damit bringen renommierte Institutionen erneut Zweifel in Umlauf. In Anbetracht auf der im Frühherbst zu erwartenden Anhörung (siehe Report Nr. 21) wird die Ausgangslage der Kritiker weiter gefestigt. Jedoch birgt die ig-ed-Umfrage, ähnlich wie die Untersuchungen am [ZIS Hamburg](#) (Report Nr. 13), Potenzial für ein Gegengewicht. Die abermals auffällige Tonlage des VDeH wirkt in der aktuellen Situation mehr schädlich als zweckdienlich. Die Branche kann durch negative Rezeption in der Öffentlichkeit Unterstützer in der Politik verlieren bzw. Schwierigkeiten beim Kontaktaufbau erleben. Wir empfehlen eine Abstimmung von Botschaften und Tonlagen sowie die Beibehaltung des sachlich-verbindlichen Auftretens des BfTG.

Erneut kommt das Thema Nichtrauchererschutz in den Wahrnehmungsraum von Politik und Bevölkerung. Da die E-Zigarette von den Kritikern mittlerweile analog zu Tabak behandelt wird, ist es nicht ausgeschlossen, dass sie ebenfalls mittelfristig in den Fokus von Nichtrauchererschutzforderungen gerät.

Quelle: [fr-online.de](#) , [www.welt.de](#) , [bayerische-krebsgesellschaft.de](#) , [presseportal.de](#) , [presseportal.de](#)

Datum: 24.05.2016

Meldung: Der australische Suchtforscher [Wayne Hall](#) (University of Queensland) betont die suchtpolitische Vorzüge der E-Zigarette: „By making low risk e-cigarette products available for purchase, it would be easier to justify more restrictions on tobacco cigarettes. If you can have a less harmful product there in the shops, why would you keep cigarettes available?“ und verweist auf [Studien](#) von Kollegen. Seine Kollegin [Dr. Carol Gartner](#) warnt, die E-Zigaretten wie Arzneimittel zu regulieren. Dies könne abschrecken und Menschen damit einen Weg aus dem Tabakkonsum verbauen: „We did a survey a few years ago about what type of regulation people using them prefer, and a lot really rejected the medicinal route [...].“

Einordnung/Empfehlung: Damit liefern Forscher aus dem nikotinkritischen Australien Argumente für eine Regulierung mit Augenmaß. Sie können dabei auf die Erfahrungen machen, die Australien ggü. Deutschland und Europa in der Tabakregulierung hat.

Quelle: ajp.com.au

Datum: 02.06.2016 24.05.2016 , 23.05.2016

Meldung: Neuen Umfragen zufolge stagniert in den USA der E-Zigarettenkonsum. Gleichzeitig **nehme die Befürchtung vor Gesundheitsgefährdungen durch den Konsum zu**, so die Erhebung. Insbesondere kleine und mittelständische Firmen seien betroffen – zugunsten der Tabakkonzerne. Beobachter wie der Bostoner Professor Michael Siegel machen die negative Berichterstattung mit dafür verantwortlich.

Zeitgleich verlautbaren Wissenschaftler der University of Texas, dass es eine Verbindung zwischen Werbung und dem E-Zigarettenkonsum von Heranwachsenden gebe. Dabei ergeben sich auch Parallelen zu Tabak: “E-cigarette companies are following what cigarette companies did. [...] Flavored e-cigarettes are widely available and appeal to youth [...]”.

Einordnung/Empfehlung: Die Ergebnisse zeigen, die Wirkmacht der gesellschaftlichen Debatte und Berichterstattung durch Medien und Behörden. Analog zum DKFZ setzen sich in den USA FDA und CDC stark gegen die E-Zigarette ein – das Weiße Haus kassierte nun vorerst ihre [geplante strikte Regel](#) gegen E-Zigaretten, wie auch das ansonsten [tabakkritische New York](#) City ein Innenraumrauchverbot für E-Zigaretten erst einmal auf Eis legte. Neue Signale an für die internationalen Bestrebungen gegen die Tabakalternative.

Die neuen Erkenntnisse bieten auch europäischen Kritikern weitere Argumente – zumal die US-Forscher eine Brücke zu Tabak schlagen. Wir empfehlen, die Verbindungen zu positiv eingestellten Medienvertretern zu halten und wo möglich auszubauen. Daneben ist ein positives Grundrauschen durch andere Multiplikatoren relevant – so könnten BfTG-Mitglieder regionalen Vereinigungen wie die [Wirtschaftsjunioren](#) ansprechen und als Verstärker in Gesellschaft und Politik nutzen.

Quelle: reuters.com , uth.edu , medicalxpress.com

2.6. Nikotin-Gegner und NGOs

Datum: 31.05.2016 , 25.05.2016

Meldung: Das Aktionsbündnis Nichtrauchen (ABNR) setzt sich anlässlich des Weltnichtrauchertages für ein sofortiges (Außen-)Werbeverbot für Tabakprodukte ein. Auch Plain Packs werden aus den Reihen des ABNR gefordert. Bei der Forderung nach einem raschen Umsetzen des geplanten gesetzlichen Werbeverbots für Tabak und E-Zigaretten werden letztere

vom ABNR nicht ausgeklammert. Die Forderung wird u.a. von der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen (DHS) öffentlich unterstützt, die zuvor mögliche [negative Folgen von TTIP](#) auf die europäische Tabakpolitik anmahnte.

Einordnung/Empfehlung: Mitglieder des ABNR sind u.a. DKFZ, DHS, Ärzte- und Wohlfahrtsverbände. Zwar sind einzelne Mitglieder in der Öffentlichkeit deutlich präsenter jedoch bietet das Bündnis ein flächendeckendes Netzwerk für die Bürgerkommunikation. Zwar spricht das ABNR die E-Zigarette nicht dezidiert an, aber es grenzt sie jedoch auch nicht gegenüber Tabak ab. Dies wirkt wie eine Zustimmung zur Gleichsetzung der Produkte. Es ist nicht auszuschließen, dass das Bündnis die E-Zigarette im Zuge der Debatte stärker betont.

Quelle: abnr.de , dhs.de

Datum: 20.05.2016

Meldung: Die WHO baut ein weltweites Netzwerk zur Beobachtung der Tabakindustrie auf. Im Fokus stehen aktuell Brasilien, China, Südafrika, Russland und Indien. Sri Lanka bekundete bereits die Bereitschaft zur Teilhabe.

Derweil üben internationale Antitabak-NGOs Druck auf die britische Werbeagentur Vice aus, ihre Arbeit für PMI zu beenden (siehe Report 17).

Einordnung/Empfehlung: Es ist nicht ausgeschlossen, dass die WHO das Netzwerk auf die Industriestaaten ausweiten wird. Das Vorgehen zeigt, dass WHO und andere Nikotingegner trotz der wachsenden Zahl an Tabakregulierungen den Nikotinkonsum weiter eindämmen wollen. Da Deutschland ein Schlüsselstaat bzgl. Zigarettenproduktion und Absatz in Europa ist, besteht die Möglichkeit eines besonderen Fokus seitens der WHO. Ferner kann sich das DKFZ animiert fühlen, eine Netzwerkpartnerschaft anzustreben (Existenzberechtigung).

Quelle: panampost.com , who.int , theguardian.com

2.7. Tabakwirtschaft und Wettbewerb

Datum: 02.06.2016 , 31.05.05.2016 , 23.04.2016

Meldung: Der DZV kritisiert erneut die Umsetzung der EUTPD2 in Deutschland und moniert die Vorgehensweise der Tabakgegner. Er nimmt Bezug auf den [Artikel von Christoph Behrens](#) in der Süddeutschen (siehe Report 21). Hervorzuheben ist: Der DZV fordert nicht nur DKFZ und WAT zu Transparenz auf, sondern begründet dies quasi mit der Benachteiligung der E-Zigarette. Damit übernimmt der [Tabakverband](#) eine Interessenwahrnehmung für die E-Zigarette, für die er kein Mandat hat.

Auch in den [USA](#) wird derzeit über Verbindungen von E-Zigarettengegnern und der Pharmaindustrie berichtet – dabei soll PMI u.a. mit [GSK](#) und [Tobacco-Free Kids](#) verhandelt haben.

Einordnung/Empfehlung: Das Auftreten des DZV ist in der jüngeren Vergangenheit negativ in der Politik aufgefallen. Nun wird die E-Zigarette durch Jan Mückes Vorstoß noch näher mit der Tabakbranche und den Verband in Verbindung gebracht. Nicht zum Vorteil für die E-Zigarettenbranche – auch wenn einige DZV-Mitglieder mittlerweile E-Zigaretten herstellen. Mit dieser Vorgehensweise senkt die Branche nicht nur ihr Ansehen in Politik und Medien, sondern auch bei [Investoren](#), die sich in Europa teilweise aus der Branche zurückziehen.

Bislang hat die Berichterstattung über die Verbindung von Pharmafirmen und Kritikern noch keine umfassende Beanstandung seitens der Politik provoziert. Die Artikel lassen sich für Stakeholdergespräche nutzen, die gelegentlich zu diesem Thema nachfragen.

Hinweis: Der Journalist Christoph Lövenich nahm Behrens Artikel zum Anlass einen Ähnlichen in [Novo Argumente](#) zu publizieren. Auch er beschäftigt sich kritisch mit den Verbindungen von Gesundheitsexperten und Pharmawirtschaft sowie der E-Zigaretten-regulierung. Lövenich ist Tabakbefürworter und in der [Tabakszene](#) aktiv (gewesen).

Quelle: [presseportal.de](#)

Datum: 02.06.2016 , 25.05.2016

Meldung: Die Tabakunternehmen wollen freiwillig(!) aktuell eine höhere Tabaksteuer entrichten. Das BMF soll den Vorstoß mit Verweis auf den Koalitionsvertrag abgelehnt haben. Daneben beendet JTI die Übernahme von American Spirit in Deutschland und stärkt seine Stellung bei Zusatzstofflosen Tabak.

Einordnung/Empfehlung: Die Hersteller dürften mit dem Schritt versuchen, deutlichere Erhöhungen nach der Bundestagswahl 2017 zu verhindern. Und: es wäre eine weitere Geldquelle, da die Hersteller i.d.R. mit den Steuererhöhungen auch die Preise steigern.

Wir empfehlen die schrittweise Vorbereitung auf die BT-Wahl 2017. Man kann davon ausgehen, dass in der nächsten Legislaturperiode zumindest über eine E-Zigarettensteuer konkreter nachgedacht bzw. diese eingeführt wird. Schließlich arbeitet der ECOFIN an Reorganisation der Tabakbesteuerung (siehe Report 16). Jedoch bleibt die Frage, wie hoch in Deutschlands der Steuersatz ausfallen wird. Derzeit tendiert der Regulierer zum „goldplating“.

Quelle: [welt.de](#)

Datum: 20.05.2016

Meldung: Ein mittelständischer Tabakhersteller ist mit einem Eilantrag zur Aussetzung der Umsetzung von EUTPD2 vor dem Bundesverfassungsgericht gescheitert. Die Richter begründen ihre Entscheidung damit, dass die Harmonisierung des europäischen Binnenmarktes und der Gesundheitsschutz wichtigere Ziele seien. Der Beschwerdeführerin sei es nicht gelungen, besonders schwerwiegende, insbesondere an die Schwelle der Existenzbedrohung heranreichende, irreparable Nachteile für die Tabakbranche oder eine erhebliche Anzahl an Firmen bzw. für sich selbst darzulegen, so das Gericht. Auch in Großbritannien scheiterte eine Klage von Tabakfirmen gegen die Umsetzung der EUTPD2 (Plain Pack).

Einordnung/Empfehlung: Die Entscheidung stärkt den aktuellen Regulierungskurs sowie die Position der Nikotin-Gegner, zumal der [DZV](#) sich erneut kritisch in den Medien äußerte. Jedoch zeigt der Entscheid auch, welche Kriterien mindestens gegeben sein müssten, damit das Gericht ein Vorgehen gegen Regulierungen erwägt.

Quelle: [bundesverfassungsgericht.de](#) , [telegraph.co.uk](#)

Datum: 20.05.2016

Meldung: Ralf Wittenberg, Deutschland-Chef von BAT, moniert das geplante Werbeverbot und fordert im Handelsblatt die Teilhabe der Branche bei einer Anhörung. Er verweist auf

neue Werbekanäle wie z.B. die direkte Anschrift von registrierten Kunden. Wittenberg ist zudem über den Erfolg der BAT-E-Zigarette Vype überrascht. Man habe schätzungsweise 100.000 Kunden in 3 Monaten gewinnen können – mehr als geplant. Dazu forschen 50 Wissenschaftler im firmeneigenen Labor. Wittenberg spricht sich ferner für eine Angleichung der europäischen Steuersätze aus. Er hält sich den Rechtsweg gegen Plain Packs offen.

Dabei bewertet die Ratingagentur [Fitch](#) die E-Zigarette im Kontext der aktuellen Regulierungen in Europa: „We also do not expect tobacco companies' expansion into the e-cigarette market to provide any help at least in the medium term, due to e-cigarettes' still small market share. In the short term e-cigarettes will continue to have a negative impact on companies' overall margins.“

Einordnung/Empfehlung: Aufgrund des Erfolges ist weiterhin mit einem Engagement der Tabakfirmen im Markt der Alternativprodukte zu rechnen. Sie werden ihre Anstrengungen erhöhen, wenn der E-Zigarettenmarkt (weiter) eine sinnvolle Ergänzung für sie darstellt. Es ist nicht unwahrscheinlich, dass sie auch ihre alten Strategien – z.B. Wendung der Regulierung gegen den Wettbewerber – ggü. der mittelständischen E-Zigarettenbranche anwenden.

Quelle: [handelsblatt.com](#) , [in.reuters.com](#)

3. Potenzielle Risiken

Mit dieser **neuen Rubrik** machen wir unregelmäßig auf Ereignisse und Prozesse aufmerksam, aus denen sich **eventuelle Herausforderungen** für die E-Zigarette ergeben können.

Datum: 21.05.2016 - 23.05.2016

Meldung: Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) will den Jugendmedienschutz überarbeiten. Der [Staatsvertrag](#) (JMStV) ist noch bis 30.09.2016 gültig. Sie möchte Online-Medien einbeziehen. Es ist offen, ob sich dies für auf Heranwachsende ausgerichtete Online-Angebote beschränken oder allgemein gelten soll. Anscheinend ist bislang die Einrichtung dezidierter Kinderbereiche angedacht. Ihre Umsetzung wird nicht weiter beschrieben.

Einordnung/Empfehlung: Im §6 JMStV „Werbung/Teleshopping“ wird in der aktuellen Fassung nur Alkohol dezidiert geregelt. In Anbetracht des derzeitigen Vorgehens gegen Tabak/E-Zigarette ist es nicht ausgeschlossen, dass man nun Nikotin-Produkte in die Novellierung aufnimmt. Schließlich befassen sich auch mehrere Regelungen (Rundfunkstaatsvertrag, JuSchutzG) mit der Alkoholwerbung.

Im Wort Case könnte das Vorhaben als weiteres Einfallstor für eine Regulierung von Online-Inhalten (z.B. E-Zigaretten-Homepages) genutzt werden. Denn noch kann man derlei Homepages ohne Altersverifikation ansehen – die wird ja erst beim Kauf notwendig.

Quelle: [welt.de](#) , [welt.de](#) , [t3n.de](#)

4. Termine

Chronologische Reihenfolge. Politisch relevante Termine werden **rot** markiert.

Datum	Thema	Akteur	Ort	Link
06.06.2016	Alternativer Drogen- und Suchtbericht	AIDS-Hilfe, JES Bundesverband	Berlin	gesundheit-adhoc.de

Monitoringreport Nr. 22 (Kalenderwochen 21 und 22)

07.06.2016	Veranstaltung „Wirtschaft ohne Macht“	Lekkerland, Advice Partners	Berlin	lekkerland.de
07.06.2016	Deutscher Brauertag 2016	Deutscher Brauer-Bund	Berlin	reinheitsgebot.de
08.06.2016	Treffpunkt Berlin	PMI	Berlin	pmi.com
09.06.2016	Fachtagung „Der Deutsche Kerndatensatz 3.0“	Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen	Frankfurt a.M.	dhs.de
10.06.2016	Tag des deutschen Familienunternehmens 2016	Stiftung Familienunternehmen	Berlin	familienunternehmen.de
10.-12.10.2016	Fachkonferenz Sucht	Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen	Erfurt	dhs.de
16.06.2016	BASE_camp zum Generationenwechsel in der Politik	Telefónica BASE_camp	Berlin	basecamp.de
21.06.2016	Wirtschaftstag 2016	Wirtschaftsrat	Berlin	wirtschaftsrat.de

Hinweis: Links werden i.d.R. als Hyperlinks oder Kurzlinks wiedergegeben.